

Baumschutz per Satzung

UMWELT Ausschuss beschließt mit knapper Mehrheit die Einführung einer Baumschutzsatzung. Rat hat letztes Wort.

Von Beatrix Van Vlodrop

Meerbusch. Meerbusch bekommt nach jahrelanger Diskussion eine Baumschutzsatzung – wenn auch in abgeschwächter Form. Sie enthält einen wichtigen Passus: Auch wer auf privatem Gelände künftig einen alten Baum fällt, hat eine Anzeigepflicht, muss dies also den Behörden melden, und ist verpflichtet, für adäquaten Ersatz zu sorgen. Hält er sich nicht daran, muss er mit einem Bußgeld rechnen.

Dieser vom BUND angelegte „Mindestkatalog“ soll sich vor allem an Bauherren richten, da nicht davon auszugehen sei, dass auswärtige Investoren bei Baumaßnahmen dem Baumschutz das gleiche Gewicht einräumen würden wie der Wirtschaftlichkeit. Ein aktuelles Beispiel könnte die mächtige Linde hinter dem Lindenhof in Buderich sein. Dort will ein Investor neun Einfamilienhäuser bauen, nachdem sich die Pläne für eine Seniorenresidenz an diesem Standort zerschlagen hatten. „Dieser Baum hat das Zeug für ein Naturdenkmal“, erklärte Andrea Blaum vom BUND im Ausschuss.

Dass der Vorschlag im Umweltausschuss eine Mehrheit fand, lag vor allem an der FDP, die sich nicht einig darin war, ob diese modifizierten Baumschutzsatzung wirklich sinnvoll sei. Während die CDU letztlich geschlossen gegen eine Baumschutzsatzung stimmte

KOMMENTAR

Von Beatrix Van Vlodrop



FDP: Zünglein an der Waage

Es hat vieler Anläufe bedurft, um in Meerbusch eine politische Mehrheit für die Einführung einer Baumschutzsatzung zu gewinnen. Und auch jetzt, nach der knappen Entscheidung im Umweltausschuss, ist es noch nicht gelungen. Der Rat hat das letzte Wort, und es liegt viel daran, wie sich die FDP dort positioniert: Schon einmal hat die FDP mit einer Stimme die Einführung einer Baumschutzsatzung verhindert. Es ist also noch alles möglich – was je nach Einstellung mit Erleichterung oder Sorge zur Kenntnis genommen wird.

beatrix.vanvloedrop@wz.de

und damit auf der Linie der Verwaltung lag, stimmten zwei von vier Liberalen mit den anderen Parteien für eine Einführung. So kam eine Mehrheit mit einer Stimme zustande.

Zuvor hatte es einmal mehr eine lebhaft Diskussion gegeben. Daniel Meffert (CDU) wie auch Bernd Schumacher-Adams (FDP) sahen in der Baumschutzsatzung eine Bevormundung des Bürgers wie schon beim Raucherschutzgesetz und Veggie-Day. Meffert: „Ich will selbst entscheiden dürfen,



Die prächtige Linde hinterm Lindenhof soll erhalten bleiben. Foto: M.I.

was ich in meinem Garten mache.“ Auch Mike Kunze (CDU) glaubte, dass der Aufwand größer als der Nutzen und eine Kontrolle ohnehin schwer bis unmöglich sei. Vor dem Hintergrund einer Befragung in Nachbarstädten, die von der Verwaltung durchgeführt wurde, fühlte sich Rainer Grund (SPD) hingegen an das gallische Dorf des Asterix erinnert: „Alle haben eine Baumschutzsatzung, nur Meerbusch nicht.“

Grünflächen-Fachbereichsleiter Michael Betsch gab zu bedenken, dass man nur mit einer juristisch was-

serdichten Satzung Investoren, die Bäume fällten, auch zur Nachpflanzung verpflichten könne. Allerdings: „Es gibt auch gute Gründe, die gegen eine Baumschutzsatzung sprechen, sonst hätten Städte wie Ratingen, Wuppertal oder Viersen sie nicht wieder abgeschafft“, sagte Betsch.

Letztlich vertrat eine knappe Mehrheit aber die Auffassung, die Christian Staudinger-Napp (UWG) so umschrieb: „Es ist wichtig ein Signal auszusenden, dass wir es mit dem Baumschutz ernst meinen.“